

IUFE-FACHTAGUNG 2017

Kostenwahrheit: Chancen und Herausforderungen ökologisch und wirtschaftlich nachhaltiger Entwicklung

Donnerstag, 19., und Freitag, 20. Oktober 2017 | Otto Mauer Zentrum, 1090 Wien | [Programm & Veranstaltungsdetails](#)



©Fotos: IUFE/Michael Schreiber

INHALTE am 19. Oktober 2017:

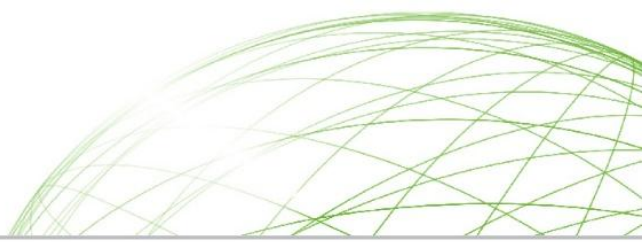
Nationale Umsetzung der SDGs in Österreich * Bepreisung der Natur * In-Wert-Setzung von Ökosystemleistungen des Waldes * Bodenfunktionen und Bodenschutz * Ressourcenökonomische Grundlagen und Instrumente zur Förderung von Kostenwahrheit * Ökologische Steuerreform * Klimawandel als volkswirtschaftliche Externalität und Klimafinanzierung

INHALTE am 20. Oktober 2017:

Österreich und die Erfüllung der Pariser Klimaziele * Umsetzung der SDGs im Kompetenzbereich des BMLFUW * Österreichs Beitrag zu Umwelt und Entwicklung * Kosten des Nicht-Handels in punkto Klimawandel * Publikumsbesprechung der Ideen-Wände * Planspiel Fishbanks

REFERENT/INNEN der beiden Tage:

Helene Berthold (Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit) * Martin Kniepert (Universität für Bodenkultur Wien) * Manfred Kohlbach (Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft) * Susanne Langmair-Kovács (Österreichische Bundesforste AG) * Gottfried Franz Mayer (Wirtschaftsuniversität Wien) * Sylvia Meier-Kajbic (Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres) * Elfriede Anna More (Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft) * Margit Schratzenstaller (Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung) * Wolfram Tertschnig (Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft) * Johannes Wahlmüller (GLOBAL 2000) * Peter Weish (Forum Wissenschaft und Umwelt/Universität Wien)



DONNERSTAG, 19. OKTOBER 2017

Florian Leregger (IUFE) eröffnete die zweitägige Fachtagung. In seiner Begrüßung stellte er das Programm vor dem Hintergrund des ökologischen, ökonomischen sowie umwelt- und entwicklungspolitischen Zugangs zum Thema der Kostenwahrheit vor. Dabei hob er die Möglichkeiten zur Interaktion sowie die im Zuge der Programmgestaltung bewusst großzügig eingeplanten Gespräche und Diskussionen zwischen den Tagungsgästen und Fachvortragenden hervor. Anschließend leitete Iris Oberklammer (IUFE) inhaltlich ein, indem sie anhand mehrerer Beispiele veranschaulichte, wie einzelne Aspekte der Kostenwahrheit mit den Sustainable Development Goals (SDGs) in Verbindung stehen. Als ein Beispiel nannte sie die kostenmäßige Kalkulation negativer Auswirkungen auf saubere Trinkwasserquellen (SDG 6) sowie den Wegfall des Erosions- (SDG 15) und Klimaschutzes (SDG 13) als Folge von großflächigen Waldrodungen. Florian Leregger und Iris Oberklammer führten moderierend durch den ersten Tag der Fachtagung.

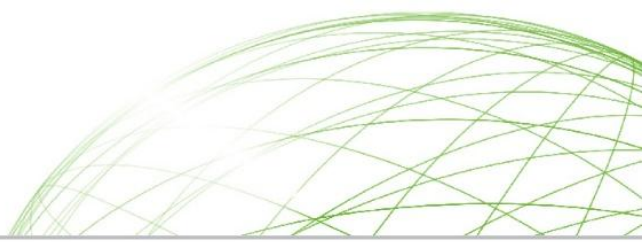


Input: „SDGs in Österreich: Umsetzung, Koordination, internationaler Vergleich“ von Sylvia Meier-Kajbic (Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres BMEIA)

(Ein Mitschnitt des Vortrages ist auf <http://iufe.podspot.de/> kostenlos als Podcast abrufbar)

Sylvia Meier-Kajbic sprach als erste Vortragende über die nationale Umsetzung der SDGs sowie über die interministerielle Koordinationsarbeit in Österreich. Zudem gab sie einen Überblick hinsichtlich der Zielerreichung einzelner Staaten. Sie bezeichnete dabei die SDGs als Vision, welche auch für Österreich Gültigkeit besitzen. Diese traten in Österreich im Jänner 2016 durch einen Ministerratsbeschluss in Kraft. Österreich verfolgt die Zielerreichung über den sogenannten „Mainstreaming-Ansatz“, wodurch sich jedes Ministerium eigenständig dazu verpflichtet, die Agenda 2030 bzw. SDGs in bestehende Programme einzubauen, Handlungsbedarf zu erfassen und Maßnahmen zur Erfüllung zu setzen. Eine nationale Umsetzungsstrategie gibt es nicht. In Österreich existiert die interministerielle Arbeitsgruppe zur ressortübergreifenden Koordinierung sowie Sicherstellung regelmäßiger Berichterstattung. Im Jahr 2020 soll der erste nationale Fortschrittsbericht Österreichs im Sinne des UN-High Level Political Forum (HLPF) veröffentlicht werden. Im Dezember 2016 publizierten die einzelnen Bundesministerien ihre Beiträge zur Umsetzung der Agenda 2030 ([Bericht](#)). Als ein positives Umsetzungsbeispiel nannte Meier-Kajbic die verstärkte Einarbeitung der SDGs in die kommenden Leistungsvereinbarungen zwischen den Universitäten und dem BMFWF. Zudem implementiert derzeit der Rechnungshof SDG-basierte Kriterien für seine Prüfung von Institutionen der öffentlichen Verwaltung. Im internationalen Vergleich liegt Österreich bei der Umsetzung der SDGs laut aktueller Studie der Bertelsmann Stiftung auf Gesamtplatz 7 von 157 Staaten ([SDG Index and Dashboards Report 2017](#)). Bei mehreren Indikatoren wurde dennoch Verbesserungsbedarf identifiziert. So hinkt Österreich etwa bei der Erreichung des SDG 5 (Geschlechtergleichstellung), SDG 12 (nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster) und SDG 13 (Klimaschutzmaßnahmen) hinterher.





„Die SDGs sind eine Vision, Denkanstöße (...) Mit den SDGs haben wir einen Grundsatzkatalog (...) der für alle Länder dieser Welt gilt. Hier ist die Idee verwirklicht, dass wir eine Welt sind (...) und alle Staaten sollen an der Entwicklung Teil haben (...) Die SDGs können vor allem Bewusstsein schaffen und sensibilisieren“ (Meier-Kajbic).

Botschafterin Mag.^a Meier-Kajbic Sylvia (Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres – BMEIA)
Leiterin der Abteilung VII.1 Europäische Union und Vereinte Nationen. Arbeitsbereiche (Auswahl): EZA-Angelegenheiten im Rahmen der EU inkl. Ratsarbeitsgruppen CONUN/CODEV/WIPEI und internationale Konferenzen; Agenda 2030; United Nations Development Programme (UNDP); United Nations Industrial Development Organization (UNIDO). Kontakt für Rückfragen: abtvi1@bmeia.gv.at

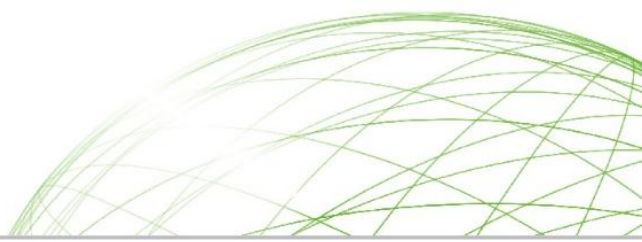


BLOCK 1: ÖKOLOGISCHER ZUGANG ZUM THEMA KOSTENWAHRHEIT

Vortrag: „Kann (und darf) man die Natur bepreisen?“
von Peter Weish (Forum Wissenschaft und Umwelt/Universität Wien)
(Ein Mitschnitt des Vortrages ist auf <http://iufe.podspot.de/> kostenlos als Podcast abrufbar)

Peter Weish eröffnete den ersten Block und thematisierte dabei die Bepreisung von Natur, Tier- und Pflanzenarten sowie natürlicher Ressourcen aus humanökologischem und umweltethischem Blickwinkel. Mit dem Hinweis, dass die Natur bislang häufig zum Nulltarif vereinnahmt wurde, wies er auf die Unterscheidung zwischen „Preis“ und „Wert“ von Gütern hin. Eingangs stellte er umweltpolitische Standpunkte vor, erklärte, warum der weitgehend vorherrschende anthropozentrische Standpunkt aus seiner Sicht unzulänglich sei und identifizierte die Biozentrik – angelehnt an Albert Schweitzers „Ethik der Ehrfurcht vor dem Leben“ mit dem bekannten Ausspruch „Ich bin Leben inmitten von Leben, das leben will“ – als zukunftsfähige Haltung. Darauf folgend erläuterte Weish die drei umweltethischen Prinzipien: Das Sicherheitsprinzip, das Vorsorgeprinzip sowie das Verursacherprinzip. Die Frage nach der Bewertung von Tier- und Pflanzenarten und der damit verbundenen Kostenwahrheit sei äußerst schwierig zu beantworten. Der Umweltpublizist und Biologe Frederic Vester widmete sich 1996 erstmals mit seinem Buch „Der Wert eines Vogels“ der Bewertung von Arten (Wert des Blaukehlchens rund € 154). Bei gängigen Bewertungsmethoden können akutell beispielsweise der Materialwert, Handelswert, Strafwert, Seltenheits- oder Liebhaberwert und der Wert der Kosten einer (Wieder-)Ansiedlung unterschieden werden. Weish bekannte sich abschließend dazu, dass Natur bepreist werden sollte, jedoch ausschließlich unter besonderer Berücksichtigung des Sicherheits- und Vorsorgeprinzips.





„Wenn der Mensch die Natur besiegt hat, wird er sich auf der Verliererseite wiederfinden (...) Ja, man soll sie [Anm.: die Natur] bepreisen, aber dabei das Sicherheitsprinzip und das Vorsorgeprinzip berücksichtigen und den Preis mit dem Seltenheitswert immer höher treiben“ (Weish).

Vortragspräsentation (PDF) [„Kann und darf man die Natur bepreisen?“](#)

Univ.Doz. Dr.phil. Peter Weish (Forum Wissenschaft und Umwelt/Universität Wien)

Lehrtätigkeit an der Universität Wien, der Wirtschaftsuniversität, und der Universität für Bodenkultur. Arbeitsschwerpunkte: Umwelt- und Naturschutz, Humanökologie, Umweltethik, zivilgesellschaftliches Engagement für nachhaltige Entwicklung. Kontakt für Rückfragen: peter.weish@boku.ac.at

**Vortrag: „Ökosystemleistungen des Waldes und ihre In-Wert-Setzung“
von Susanne Langmair-Kovács (Österreichische Bundesforste AG – ÖBf)**

(Ein Mitschnitt des Vortrages ist auf <http://iufe.podspot.de/> kostenlos als Podcast abrufbar)

Susanne Langmair-Kovács knüpfte an die Gedanken ihres Vorredners an und brachte weitere Beispiele für die Bepreisung von Naturgütern im Zusammenhang mit der Darstellung von Kostenwahrheit. Danach erklärte sie, dass sich die Österreichische Bundesforste AG zum Ansatz „Die Natur darf man nicht zum Nulltarif vereinnahmen“ bekennt. Dabei wolle man aber explizit nicht, dass jede Person, die einen Wald betrete, künftig Eintritt bezahlen müsse. Langmair-Kovács stellte das Pionierprojekt „Werte der Natur“ vor. In diesem wird erstmals versucht, die verschiedenen Ökosystemleistungen des Waldes preislich abzubilden – also In-Wert zu setzen. Projektziel sei die Abbildung der Externalisierung von Kosten sowie die darausfolgende Erhöhung von Kostenwahrheit. In den Bereichen Wirtschaft, Gesundheit, Sicherheit und natürliche Vielfalt wurden insgesamt fünf ausgewählte Ökosystemleistungen unter Anwendung der Marktpreismethode, der Reisekostenmethode, der Produktionsfunktion sowie durch Befragung und Repräsentativerhebung untersucht. Beim Nutzungssystem wurde zwischen einem hypothetischen Referenzszenario (Intensivierung der Nutzung), „business as usual“-Szenario, einem angestrebten Gleichgewicht von Ökologie und Ökonomie sowie einem „Naturschutz pur“-Szenario unterschieden. Das Szenario „Gleichgewicht von Ökologie und Ökonomie“ schnitt dabei am wertvollsten ab. Der Gesamtwert der fünf untersuchten Ökosystemleistungen des Waldes konnte mit rund € 92 Mio. pro Jahr, bzw. rund € 114 Mio. pro Jahr bei einer höheren Schätzung, beziffert werden.

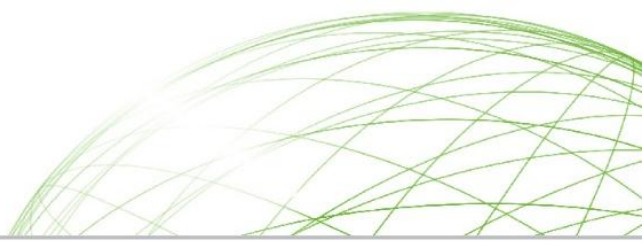


„Bei einem Szenario mit purem Naturschutz hätten wir ein Defizit, da die Ökosystemleistung (...) der Holznutzung wegfällt. Deswegen ist unser Ansatz, bestmöglich die Waldbewirtschaftung mit dem Funktionieren eines Ökosystems zu verbinden – also Schutz und Nutzung in Einklang zu bringen“ (Langmair-Kovács).

Vortragspräsentation (PDF) [„Ökosystemleistungen des Waldes - Pionierprojekt Werte der Natur“](#)

Dr. Susanne Langmair-Kovács (Österreichische Bundesforste AG)

Nachhaltigkeits-, Umwelt- und Klimaschutzbeauftragte. Kontakt für Rückfragen: susanne.langmair-kovacs@bundesforste.at



Vortrag: „Boden ist kostbar“

von Helene Berthold (Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit – AGES)

(Ein Mitschnitt des Vortrages ist auf <http://iufe.podspot.de/> kostenlos als Podcast abrufbar)

Helene Berthold veranschaulichte eingangs in sechs Stufen den Prozess der Bodenbildung. Bis sich 1cm Bodenschicht entwickelt dauert es rund 100 Jahre (aufwärts). Danach erläuterte Berthold den Wert des Bodens und veranschaulichte die Lebensraum-, Produktions-, Träger-, Wasserspeicher-, Filter-Puffer- und Transformations-, Kohlenstoffspeicher-, Entsorgungs-, Rohstoffspeicher- sowie Archivfunktion des Bodens anhand konkreter Beispiele. Darauf folgend wandte sich Berthold verschiedenen Aspekten des Bodenschutzes zu und machte die voranschreitende Bodenversiegelung sichtbar. Ihrer Meinung nach verfehlte die im Jahr 2002 formulierte österreichische Strategie zur Reduktion des Zuwachses dauerhaft versiegelter Flächen ihre Ziele deutlich ([Daten zur Flächeninanspruchnahme](#)). Erst in den letzten Jahren sei ein leichter Abwärtstrend der Bodenversiegelung zu erkennen, nachdem die Flächeninanspruchnahme in den Jahren zuvor teils sogar über dem Ausgangswert von 2002 lag. Ein vielversprechendes Werkzeug erarbeitete der österreichische Fachbeirat für Bodenfruchtbarkeit und Bodenschutz 2013, als er auf Basis einer Fülle von chemisch-physikalischen Bodendaten die ÖNORM zur Bodenfunktionsbewertung (L 1076) verfasste. In Oberösterreich und Salzburg wurde mittlerweile eine flächendeckende Bewertung auf Basis dieser ÖNORM durchgeführt. Tirol und Kärnten arbeiten aktuell daran, während Wien zumindest teilweise bereits laut ÖNORM bewertet hätte. Im Zuge von Neubauprojekten im Bundesland Salzburg wurde diese Bewertung bereits verpflichtend eingeführt. Abschließend unterstrich Berthold, dass Bodenbewusstseinsbildung ein entscheidender Faktor für das Gelingen von Bodenschutz darstellt.



„Es gibt eine Methodik [Anm.: zur Bewertung von Böden] und diese ist genormt. Auch Daten- und Kartenmaterial steht zur Verfügung. Es bedarf weiterhin der Kommunikation mit Raumplanern und mit den Gemeinden (...) Bodenbewusstseinsbildung ist ein ganz wesentlicher Faktor (...) Ich kann nur schützen, was ich kenne“ (Berthold).

Vortragspräsentation (PDF) [„Boden ist kostbar“](#)

Mag.^a Helene Berthold (Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit – AGES)
Senior Expert in der Abteilung Bodengesundheit und Pflanzenernährung. Arbeitsbereiche: Forschungsprojekte zu Bodenschutz, Klimawandel, landwirtschaftliche Langzeitversuche (Lysimeter), Bodenworkshops und ÖPUL-Schulungen zu vorbeugendem Grundwasserschutz. Kontakt für Rückfragen: helene.berthold@ages.gv.at

Abgeschlossen wurde dieser erste Block mit einem **Publikumsgespräch** zwischen den Tagungsgästen und den Vortragenden **Peter Weish**, **Susanne Langmair** und **Helene Berthold** unter der Leitung von **Iris Oberklammer** (IUFE).



BLOCK 2: ÖKONOMISCHER ZUGANG ZUM THEMA KOSTENWAHRHEIT

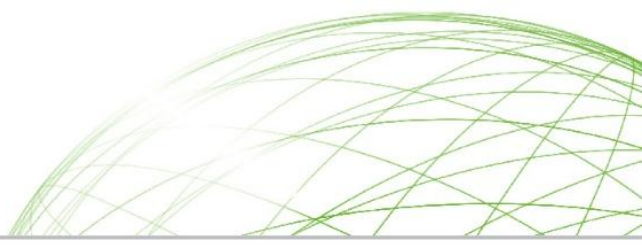
Vortrag: „Ressourcenökonomische Grundlagen und Instrumente zur Förderung der Kostenwahrheit“ von Martin Kniepert (Universität für Bodenkultur Wien – BOKU)
(Ein Mitschnitt des Vortrages ist auf <http://iufe.podspot.de/> kostenlos als Podcast abrufbar)

Martin Kniepert erläuterte zu Beginn des zweiten Blocks die ökonomisch-theoretischen Grundlagen von Kostenwahrheit und kam in weiterer Folge auf die Instrumente zu ihrer Förderung zu sprechen. Nachdem er die Gesamtentwicklung der österreichischen Wirtschaft sowie den Zusammenhang der Entwicklung der Luftemissionen und der Bruttowertschöpfung der Wirtschaft zwischen 1995 und 2014 aufgezeigt hatte, widmete er sich den EU-Strategien bzw. Prozessen im Sinne der Erfüllung der Klima- und Energieziele. Grundsätzlich gehe die ökonomische Preistheorie davon aus, dass Kostenwahrheit eine Voraussetzung sei, damit Ressourcen effizient eingesetzt würden. Doch könne man Kostenwahrheit im Sinne des Verursacherprinzips strenggenommen nicht auf öffentliche Güter, wie Naturgüter, umlegen, da es in der Regel mehr als eine Verursacherin und nicht nur einen Geschädigten gebe. Kniepert plädierte daher für ein Umdenken, weg von der Bewirtschaftung negativer öffentlicher Güter (z.B. Lärm, Abgase), hin zu einer positiven Bewirtschaftung der Gesamtressource, die man bewirtschaften möchte (z.B. Ruhe, Sauerstoff). So könne man eine Situation schaffen, in der rivalisierende Interessen diese Gesamtressource nachfragen, womit die Realität besser abgebildet sei. Beispiele vom Anrainerschutz am Brenner, Interessenskonflikt zwischen Fischern und einer Papierfabrik sowie die Einführung der CO₂-Steuer wurden beleuchtet. Das Klima könne ähnlich einer „Müllhalde“ privatisiert und bis hin zu einer „optimalen Verschmutzung“ bewirtschaftet werden. Kniepert plädierte abschließend für kohärente und gesamthafte Maßnahmen anstelle von Partikularmaßnahmen, bei denen positive Effekte auf Umwelt und Klima gesamt betrachtet tendenziell rasch wieder verpuffen.



„Die Ressourceneffizienz hat in Österreich in den letzten Jahren zugenommen (...) Es gibt ‚Degrowth‘-Ansätze (...) und es gibt die Möglichkeit von ‚Green Growth‘, bei dem das Wachstum nicht umweltschädlich sein muss“ (Kniepert).

Vortragspräsentation (PDF) [„Ressourcenökonomische Grundlagen und Instrumente zur Förderung der Kostenwahrheit“](#)



Dipl.-Volkswirt Dr. Martin Kniepert (Universität für Bodenkultur Wien – BOKU)
Senior Lecturer am Institut für Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte (Auswahl): Ressourcenökonomie, Internationaler Agrarhandel, Gemeinsame EU-Agrarpolitik GAP, landwirtschaftliche Gesamtrechnung. Kontakt für Rückfragen: martin.kniepert@boku.ac.at

Vortrag: „Ökologische Steuerreform als Instrument zur Förderung der Kostenwahrheit“ von Margit Schratzenstaller (Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung – WIFO)

(Ein Mitschnitt des Vortrages ist auf <http://iufe.podspot.de/> kostenlos als Podcast abrufbar)

Margit Schratzenstaller bezog sich in ihrem Vortrag auf die Grundlagen einer Ökologisierung des österreichischen Steuersystems als preisbasiertes und marktkonformes Instrument zur Internalisierung negativer externer Effekte. Zu den Zielen einer ökologischen Steuerreform zählen beispielsweise die Eindämmung umweltschädlicher Produktions- und Konsumaktivitäten, die Förderung umweltschonender Innovationen, zusätzliche Steuereinnahmen für den Staat sowie die Senkung der Abgabenlast auf Arbeit. Ein exklusiver Blick auf die Abgabenquote genüge den heutigen gesellschaftlichen Ansprüchen nicht.

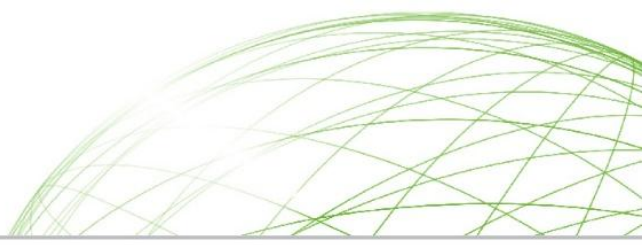


Drängende Herausforderungen im Sinne einer Adaptierung des Steuersystems seien unter anderem die Gleichstellung der Geschlechter sowie der Klimawandel und die Energiewende. Im EU-Vergleich ist in Österreich der Faktor Arbeit relativ hoch besteuert, während umweltbelastendes Verhalten und fossile Energieträger, so wie auch Vermögen, vergleichsweise relativ gering belastet sind. Zudem stammen die derzeitigen Umweltsteuereinnahmen Österreichs größtenteils von privaten Haushalten. Dem entgegen steht ein Gesamtvolumen von mehreren Milliarden Euro an umweltschädlichen Förderungen, die der Staat ausschüttet. Dazu zählen etwa Pendlerpauschale, Flugförderung und Diesellentlastung. Schratzenstaller plädierte für einen mittelfristigen Stufenplan für eine nachhaltige Abgabenstrukturreform, welche ökologisch und sozial verträglich gestaltet ist. Im internationalen Vergleich können mit einer Ökologisierung des Steuersystems bereits Deutschland, Finnland und Dänemark erste positive Erfahrungen bis zum Eintreten der Wirtschaftskrise vorweisen.

„Durch die Internalisierung von negativen Externalitäten sollen umweltschädliche Produktions- und Konsumaktivitäten eingedämmt und damit ein Beitrag zur Erreichung von Umwelt- und Klimazielen erreicht werden. Man weiß (...), dass es da durchaus Erfolge zu vermehren gibt“ (Schratzenstaller).

Vortragspräsentation (PDF) [„Ökologische Steuerreform“](#)

Dr. Margit Schratzenstaller-Altzinger (Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung – WIFO)
Stellvertretende Leiterin des WIFO. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Makroökonomie und europäische Wirtschaftspolitik, Budget- und Steuerpolitik Österreichs und der EU, Fiskalischer Föderalismus, wissenschaftliche Koordination. Kontakt für Rückfragen: margit.schratzenstaller@wifo.ac.at



Vortrag: „Klimawandel als volkswirtschaftliche Externalität – Klimafinanzierung als Lösungsansatz?“ von Manfred Kohlbach (Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft – BMLFUW)

(Ein Mitschnitt des Vortrages ist auf <http://iufe.podspot.de/> kostenlos als Podcast abrufbar)

Manfred Kohlbach betrachtete in seinem Vortrag den Klimawandel als volkswirtschaftliche Marktverzerrung. Vor dem Hintergrund internationaler Übereinkommen (z.B. UNFCCC-Rahmenübereinkommen, Kyoto-Protokoll, Übereinkommen von Paris) erläuterte er, warum die kontroverse Diskussion um Kosten und Kostenwahrheit auf globalpolitischer Ebene weitgehend ausgeklammert wird und welche alternativen Lösungsansätze es hierbei gebe. In diesem Zusammenhang kam er auf die Klimafinanzierung – also die Mittelbereitstellung von Industriestaaten gegenüber den sogenannten Entwicklungsländern im Kampf gegen den Klimawandel – zu sprechen. Im Rahmen der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen (2009) wurde das gemeinsame Ziel der Industriestaaten festgelegt, bis 2020 pro Jahr US\$ 100 Mrd. zu mobilisieren. Bis 2025 soll ein neues kollektives, quantifiziertes Ziel fixiert werden. Aktuell ist eine zunehmende Fokussierung auf die Mobilisierung von privaten Finanzmitteln erkennbar. Österreich verabschiedete 2013 eine nationale Klimafinanzierungsstrategie. Im Jahr 2016 leistete Österreich rund € 190 Mio. an Klimafinanzierungsbeiträgen. Auf internationaler Ebene wird deutlich, dass Konzepte wie etwa „Sustainable Finance“ oder „Impact Investing“ zunehmende Bedeutung erlangen. Der Nutzen von Investitionen in Klimawandelanpassungs- und -vermeidungsmaßnahmen wird immer häufiger erkannt. Beispielsweise erteilte Deutschland als vorsitzende Nation der G-20 der OECD im Jahr 2017 den Auftrag zur Studie „[Investieren in Klimaschutz, investieren in Wachstum](#)“. Das Ergebnis der Studie fällt eindeutig aus: Investitionen in den Klimaschutz können einen positiven Nettoeffekt auf das weltweite BIP erwirken. Abschließend merkte Kohlbach an, dass beispielsweise die Abschaffung der Förderungen von fossilen Brennstoffen, ein globaler CO₂-Preis auf Basis vorsichtiger Schätzung der tatsächlichen Folgekosten, sowie Klimafinanzierung im engeren Sinn, als notwendige politische Schritte zur Erreichung der Klimaziele betrachtet werden sollten.

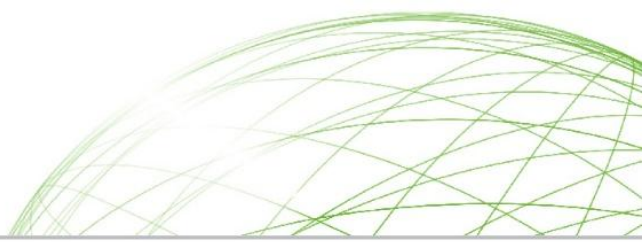


„Klimafinanzierung im engeren Sinne ist im internationalen Verhandlungsprozess omnipräsent und wird auch ein Schwerpunkt der Klimakonferenz in Bonn sein. Die große Diskussion über die Umstellung globaler Finanzmittelflüsse ist ein zentrales Zukunftsthema“ (Kohlbach).

Mag. Dr. Manfred Kohlbach (Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft – BMLFUW)

Oberrat der Abteilung I/4 für Klimaschutz und Luftreinhaltung. Arbeitsfelder (Auswahl): Klimaschutzrecht, internationale Klimaschutzverhandlungen. Kontakt für Rückfragen: manfred.kohlbach@bmlfuw.gv.at

Vortragspräsentation (PDF) [„Klimawandel als volkswirtschaftliche Externalität Klimafinanzierung als Lösungsansatz \(?\)“](#)



Abgeschlossen wurde dieser zweite Block mit einem **Publikumsgespräch** zwischen den Tagungsgästen und den Vortragenden **Martin Kniepert** und **Manfred Kohlbach** unter der Leitung von **Florian Leregger** (IUFE).



FREITAG, 20. OKTOBER 2017

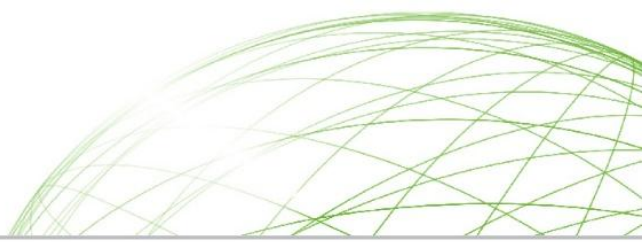
Zur Eröffnung des zweiten Tages der Fachtagung fasste Florian Leregger (IUFE) die am Vortag vorgestellten und diskutierten ökologischen und ökonomischen Zugänge zum Thema Kostenwahrheit zusammen. Florian Leregger und Iris Oberklammer (IUFE) führten moderierend durch den zweiten Tag der Fachtagung.

BLOCK 3: UMWELT- UND ENTWICKLUNGSPOLITISCHER ZUGANG ZUM THEMA KOSTENWAHRHEIT

**Vortrag: „Österreich und die Erfüllung der Pariser Klimaziele“
von Johannes Wahlmüller (GLOBAL 2000)**
(Ein Mitschnitt des Vortrages ist auf <http://iufe.podspot.de/> kostenlos als Podcast abrufbar)

Johannes Wahlmüller eröffnete den dritten Block und blickte auf die erfolgreiche UN-Klimakonferenz in Paris im Jahr 2015 zurück, bei der das derzeit gültige Klimaschutzabkommen ausverhandelt wurde. Im historischen Verlauf zeige sich, dass mit zunehmenden Wissen auch die Risiken des Klimawandels höher eingeschätzt werden. Neben der Verschmutzung der Weltmeere und einer Häufung von Extremwetterereignissen, entwickeln sich Klimawandelauswirkungen zusehends zum Schubfaktor für Migration. Seit 1880 ist in Österreich die Erwärmung mit 2 °C stärker als im globalen Mittel (+0,85 °C) angestiegen. Die Treibhausgasemissionen in Österreich liegen derzeit leicht über dem Niveau von 1990. Laut Umweltbundesamt könnte Österreich sogar die wenig ambitionierten Ziele der EU verfehlen, wenn nicht rasch weitere Maßnahmen eingeleitet werden. Wahlmüller bezog sich auf die Studie „COIN“ (siehe auch Seite 11). In dieser Studie werden die klimabedingten Schäden in Österreich – ein Nicht-Handeln vorausgesetzt – bis Mitte des Jahrhunderts auf € 8,8 Mrd. pro Jahr geschätzt. Wahlmüller verwies auf „[Climate Action Tracker](#)“, eine Webseite auf der politische Maßnahmen und deren Auswirkung auf das Klima evaluiert werden. Demnach hätten aktuell global umgesetzte Maßnahmen im Jahr 2050 eine Erderwärmung von 4 °C bis 4,8 °C zur Folge. Bei zusätzlicher Realisierung der derzeit vereinbarten Beiträge der Staaten könnte zumindest auf eine Erwärmung von 2,4 °C bis 2,7 °C reduziert werden. Abschließend zeigte sich Wahlmüller überzeugt davon, dass Österreich mit einer ambitionierten Klimaschutz- und Energiepolitik die Halbierung des Energieverbrauchs und somit die





Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2050 schaffen kann. Dazu seien – laut aktueller Studie [„Klima, Energie, Zukunft 2030-2050“](#) – Anreize notwendig, um beispielsweise den Modal Split nachhaltiger zu gestalten, Kraftstoffexporte abzubauen, bestehende Effizienzfortschritte im Produktionssektor weiterzuverfolgen, sowie Emissionen und Energieverbrauch mit Gebäudesanierung und im Neubau drastisch zu reduzieren.

„Da derzeit die Folgen des Klimawandels bei den Mobilitätspreisen und im Konsum nicht einkalkuliert sind, könnte die Schaffung von Kostenwahrheit künftig viel zum Klimaschutz beitragen“ (Wahlmüller).

Vortragspräsentation (PDF) [„Österreich und die Erfüllung der Pariser Klimaziele“](#)

Mag. Johannes Wahlmüller (GLOBAL 2000)

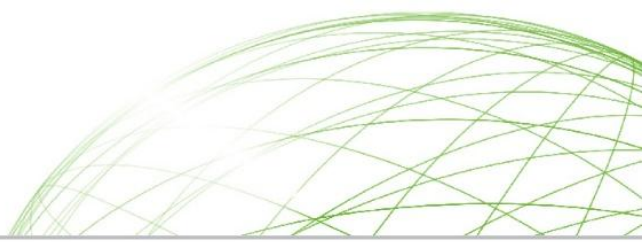
Klima- und Energiesprecher. Arbeitsschwerpunkte: Klima- und Energiepolitik in Österreich und weltweit, internationale Klimaschutzverhandlungen. Zivilgesellschaftlicher Vertreter im österreichischen Klimaschutzbeirat. Kontakt für Rückfragen: johannes.wahlmueller@global2000.at

**Vortrag: „Nationale Umsetzung der SDGs im Kompetenzbereich des BMLFUW“
von Wolfram Tertschnig (Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft – BMLFUW)**

(Ein Mitschnitt des Vortrages ist auf <http://iufe.podspot.de/> kostenlos als Podcast abrufbar)

Wolfram Tertschnig erläuterte in seinem Vortrag Umsetzungsbereiche der SDGs und schilderte insbesondere die Arbeit sowie die gesetzten Maßnahmen im Ressortbereich des BMLFUW. Sechs SDGs könne man zur direkten Zuständigkeit des Ressorts zählen. Bei weiteren Zielen wären zumindest Partikularzuständigkeiten beim BMLFUW zu verorten. Im Rahmen eines einenhalbjährigen ressortinternen Prozesses wurden daher Parameter zur Bilanzierung und Monitoring identifiziert. Vorerst kam es jedoch noch nicht zur Anwendung bzw. Leistungsumsetzung. Weitere Prozesse wurden beispielsweise interministeriell sowie in Zusammenarbeit mit der Statistik Austria initiiert und bereits teilweise umgesetzt. Neben einigen anderen Handlungen im Sinne der Zielerreichung hob Tertschnig das Netzwerk an Nachhaltigkeitskoordinatoren/innen des BMLFUW hervor. Dieses Netzwerk solle dabei helfen, die SDGs auf lokaler Ebene zu forcieren. Zudem sollen Stakeholder, wie etwa Unternehmen, zur Nachhaltigkeitsberichterstattung angeregt werden. Angeknüpft an die Ausführungen von Meier-Kajbic am ersten Fachtag (*siehe auch Seite 2*) betrachtete er dabei die SDGs vor einem umwelt- und klimapolitischen Hintergrund. Im Kontext der Zielerreichung verdiene sich ein Management der Politik nachhaltiger Entwicklung im Sinne einer Multi-Level-Governance besonders hohe Aufmerksamkeit. In Ergänzung zum gewählten „Mainstreaming-Ansatz“, brauche es einen verstärkten integralen Mechanismus, um die einzelnen Verantworts- und Kompetenzbereiche miteinander zu vernetzen, zu koordinieren und abzustimmen. Dadurch könnten bei 17 SDGs und 169 Unterzielen auftretende Zielkonflikte sowie etwaige Ineffizienzen vorbeugend vermieden werden. Die eingerichtete interministerielle Arbeitsgruppe betrachtete Tertschnig grundsätzlich positiv. Sie stelle eine Plattform zum Informationsaustausch dar, jedoch werde hier weder gesteuert, noch koordiniert. Abschließend zeigte sich Tertschnig optimistisch hinsichtlich der steigenden Dynamik im Sinne der Umsetzung





der SDGs, einerseits aufgrund des steigenden Engagements der Zivilgesellschaft und andererseits aufgrund steigenden Aktivitäten auf parlamentarischer Ebene und der bevorstehenden Berichterstattung des Rechnungshofes.

„SDG-Umsetzung und Nachhaltigkeit ist eine Multi-Governance-Herausforderung (...) Es geht darum, was die Bundesebene, die Landesebene, die kommunale Ebene und einzelne Zielgruppen unternehmen“ (Tertschnig).

Dr. Wolfram Tertschnig – Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW)

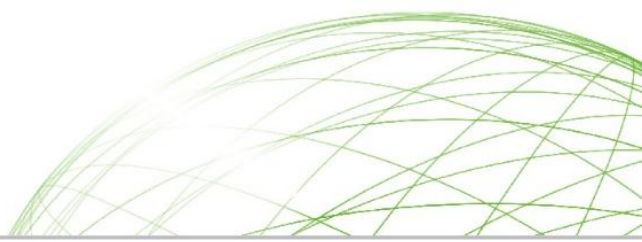
Leiter der Abteilung I/3 Umweltförderpolitik, Nachhaltigkeit, Biodiversität. Arbeitsfelder (Auswahl): Koordination im Bereich der nationalen und europäischen Umweltförderungen und Kofinanzierungsinstrumente, europäische Wettbewerbspolitik und Beihilfenrecht im Umweltbereich; Koordination der nationalen Nachhaltigkeitsagenden, Umsetzung der Agenda 2030, Bildung für Nachhaltige Entwicklung. Kooperationen. Kontakt für Rückfragen: wolfram.tertschnig@bmlfuw.gv.at.

Vortrag: „Österreichs Beitrag im internationalen Kontext Umwelt und Entwicklung. Kosten des Nicht-Handels“ von Elfriede-Anna More (Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft – BMLFUW)

(Ein Mitschnitt des Vortrages ist auf <http://iufe.podspot.de/> kostenlos als Podcast abrufbar)

Elfriede Anna More berichtete über Österreichs internationale Beiträge im Bereich Umwelt und Entwicklung. Rückblickend strich sie die historische Verknüpfung des Themenkomplexes sowohl seitens des BMLFUW, als auch auf Ebene der Vereinten Nationen hervor. Bereits 1992 manifestierte sich in der „Rio-Erklärung“ der klare Auftrag zur Schaffung von Kostenwahrheit und deren Internationalisierung (Prinzip 16). Seit 2009 existiert der [Strategische Leitfaden Umwelt & Entwicklung](#) der österreichischen Entwicklungspolitik, mit welchem die Prinzipien und Handlungsfelder Österreichs im Zusammenhang mit dem Thema Umwelt und Entwicklung verfolgt werden. Der Leitfaden wurde 2016 positiv evaluiert. Seit einiger Zeit wird er mit Unterstützung von verschiedensten Stakeholder überarbeitet, wonach voraussichtlich 2018 die aktualisierte Version präsentiert werden soll. Zudem sind zahlreiche Umweltaspekte im aktuellen Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit verankert. More erläuterte beispielsweise, dass im Jahr 2015 die öffentliche Entwicklungshilfeleistung (Official Development Assistance/ODA) von seiten des BMLFUW rund zwei Prozent des Ressortbudgets betrug. Anschließend verwies sie auf den im Jahr 2006 publizierten „[Stern-Report](#)“, in dem erstmals weitreichende ökonomische Folgen des Klimawandels dargelegt werden konnten. Darin sei zu lesen, dass bei Unterlassen der notwendigen Maßnahmen, um das 2 °C-Ziel zu erreichen, mit Folgekosten in Höhe von fünf bis 20 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts zu rechnen sind. Abschließend stellte More das Projekt „[Costs of Inaction and Resource scarcity: Consequences for Long-term Economic growth \(CIRCLE\)](#)“ der OECD sowie die Studie „[COIN \(Cost of Inaction: Assessing the costs of climate change for Austria\)](#)“ des Climate Change Centre Austria (CCCA) vor. Beide Analysen beziffern die Kosten des Nicht-Handels im Kontext des Klimawandels. In der Studie „COIN“ werden vor dem Hintergrund der Frage „Was kostet uns der Klimawandel in Österreich, wenn wir uns nicht anpassen?“ in 13 Schlüsselsektoren





Szenarien im Falle des Nicht-Handels beschrieben. Demnach werden beispielsweise im Bereich des Katastrophenmanagements eine jährliche Schadenssumme in Höhe zwischen € 400 bis 1.800 Mrd. für den Zeitraum 2036 bis 2065 sowie jährliche Einbußen von € 1,5 Mio. im Wintertourismus prognostiziert.

„Welche volkswirtschaftlichen Schäden entstehen durch Klima- und Umweltverschmutzung? (...) Ein Euro in Anpassungsmaßnahmen jetzt investiert, spart sechs Euro an Schäden, beispielsweise im Bereich Hochwasser, langfristig“ (More).

Vortragspräsentation (PDF) [„Umwelt und Entwicklung. Kosten des Nicht-Handels“](#)

Mag.^a Elfriede Anna More – Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW)

Leiterin der Abteilung 1/9 Internationale Umweltangelegenheiten. Arbeitsfelder (Auswahl): Koordination und Betreuung internationaler umweltrelevanter Konventionen in Abstimmung mit den relevanten Fachabteilungen, internationales Umweltrecht; bilaterale (mit Ausnahme der EU-Mitgliedstaaten und EU-Beitrittskandidaten), regionale und multilaterale Zusammenarbeit inklusive der notwendigen Koordination im Bereich Umwelt und Nachhaltigkeit; Betreuung der Umweltagenden des Systems der Vereinten Nationen und ihrer spezialisierten Organisationen, Ressortkoordination der Aspekte der Entwicklungszusammenarbeit (Schnittstelle zur ADA und BMEIA/VII). Kontakt für Rückfragen: elfriede-anna.more@bmlfuw.gv.at

Abgeschlossen wurde dieser dritte Block mit einem **Publikumsgespräch** zwischen den Tagungsgästen und den Vortragenden **Wolfram Tertschnig** und **Elfriede Anna More** unter der Leitung von **Florian Leregger** (IUFE).



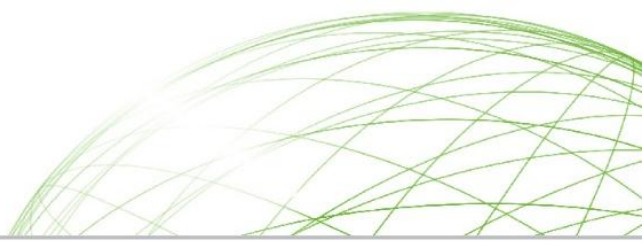
PROGRAMMPUNKT: Besprechung der Ideen-Wände

Nachdem die Tagungsgäste bereits am ersten Fachtag dazu eingeladen wurden, **Gedanken und Lösungsansätze** auf den vorbereitenden Ideen-Wände zu posten, fasste Iris Oberklammer (IUFE) die gesammelten Beiträge am zweiten Fachtag zusammen. Diese wurden anschließend im Plenum besprochen.



>> Ideen-Wand 1: Was kann ich persönlich unternehmen, um Kostenwahrheit zu fördern? <<

Antworten: Vom Wissen zum Handeln gelangen * Bildung für nachhaltige Entwicklung konsumieren/unterstützen * Nachhaltig einkaufen * nachfragen und informieren * über Themen sprechen * lernen * Projekte durchführen und unterstützen * ökologisch-soziales Unternehmen

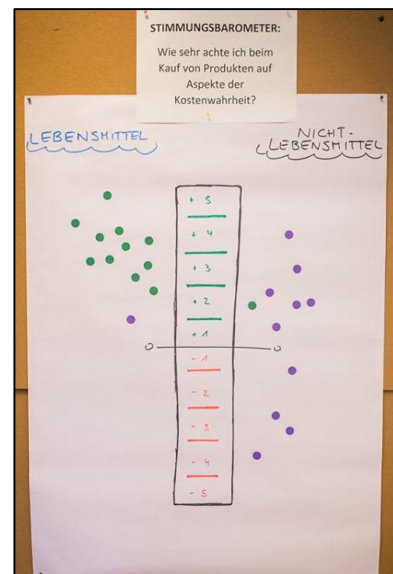


gründen * re- und upcyclen * Nachhaltigkeit/Kostenwahrheit „erleben“ (z.B. von Bildungsreisen, Studienaustausch) * uvm.

>> Ideen-Wand 2: Was kann die Politik unternehmen, um Kostenwahrheit zu fördern? <<

Antworten: SDGs strategisch umsetzen * ökologische Steuerreform einführen * nachhaltige öffentliche Beschaffung stärken * breitenwirksame Sensibilisierung im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung forcieren (z.B. via TV-Kanäle und Radio) * umweltverschmutzende Förderungen einstellen * ökologisch-soziale Unternehmen verstärkt fördern * Transparenz erhöhen * uvm.

Auf dem **Stimmungsbarometer** wurden die Tagungsgäste auf einer Skala von -5 (überhaupt nicht) bis +5 (sehr) gefragt: „**Wie sehr achte ich beim Kauf von Produkten auf Aspekte der Kostenwahrheit?**“ (im Lebensmittel- und im Nicht-Lebensmittel-Sektor)



PROGRAMMPUNKT: Planspiel „Fishbanks“

Zum Abschluß der Fachtagung leitete Gottfried Franz Mayer (Wirtschaftsuniversität Wien) – unterstützt von Bernadette Hebenstreit und Viktor Schwabl (beide Ökosoziales Studierendenforum) – das Planspiel „Fishbanks“, in dem die Spielenden profitmaximierend Fischfang betreiben sollen ohne jedoch die nachhaltige Reproduktionsrate in den Weltmeeren zu missachten. „Fishbanks“ zeigt die spieltheoretische Situation im Umgang mit natürlichen Ressourcen. Nach acht Runden wurde das Spiel beendet. Das Ergebnis – in diesem Fall haben die sechs spielenden Teams nachhaltig Fischfang betrieben – wurde im Plenum besprochen. Einzelne Aspekte wurden im Kontext der bisher gehörten Vorträge und Publikumsgespräche der Fachtagung diskutiert. Ein Fazit des Spiel lautete: Kooperation und Verhandlung zwischen den teilnehmenden Akteuren kann zu erhöhtem Erfolg im Sinne der nachhaltigen Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen führen.





BSc. Gottfried Mayer (Wirtschaftsuniversität Wien)

Masterstudium „Socio-Ecological Economics and Policy, Trainer und Vortragender, Vorstandsmitglied des Ökosozialen Studierendenforums (ÖSSFÖ). Kontakt für Rückfragen: gottfried.mayer@oessfo.at



Fotos finden Sie auf der [IUFE-Facebookseite](#) | **Programm und Details** finden Sie auf der [IUFE-Webseite](#) | **Vortragspräsentationen** finden Sie auf der [IUFE-Webseite](#) | **Podcasts** zum kostenlosen Nachhören finden Sie auf <http://iufe.podspot.de/>

TAGUNGSBÜRO: Haben Sie Fragen zur stattgefundenen IUFE-Fachtagung?

Institut für Umwelt, Frieden und Entwicklung (IUFE) | ZVR-Zahl: 819872747

Herrengasse 13, A-1010 Wien | Tel.: +43 1 253 63 50

office@iufe.at | www.facebook.com/iufe.at | <http://iufe.podspot.de> | www.iufe.at

Der vorliegende Bericht wurde von Florian Leregger (Geschäftsführer des IUFE) und Christoph Reithofer (freier Mitarbeiter des IUFE) verfasst.

©Fotos: IUFE/Michael Schreiber

Die Fachtagung war eine Veranstaltung des Instituts für Umwelt, Frieden und Entwicklung (IUFE) mit Unterstützung des Otto Mauer Zentrums.

Gefördert durch:

